

31.03.2015

## LESERBRIEFE

## Die wahre klare Mehrheit

Zu „Es gibt eine klare Mehrheit auch für Windräder“ (F.A.Z. vom 14. März)

Als Beleg für diese Behauptung führt Minister Al-Wazir an, dass es in Hessen gerade Mal sechs Bürgerbefragungen oder -entscheide gegeben habe, von denen fünf pro Windkraft ausgingen. Angesichts der administrativen Hürden, die bei einem Bürgerentscheid nach Paragraph 8b der Hessischen Gemeindeordnung zu nehmen sind, ein ziemlich schwacher Beweis. Wirkliche Klarheit würde eine Befragung auf kommunaler Ebene an allen vorgesehenen Standorten bringen.

Minister Al-Wazir meint: „Umfragen ergeben, dass die Akzeptanz für Windräder gerade dort steigt, wo schon welche stehen.“ Der Grund dürfte eher die Resignation der betroffenen Bürger sein. An den Fakten zum Teil vorbei geht folgende Behauptung: „Die neuen Anlagen leisten nicht nur mehr, sondern liefern verlässlichen Strom, weil sie weniger Wind benötigen, um anzulaufen.“

Verlässlicher Strom bei wenig Wind? Jeder kann sich die Leistungskennlinien aller gebräuchlichen Anlagen aus dem Internet herunterladen. Dort könnte auch Minister Al-Wazir sehen, dass zum Beispiel ein Windrad Enercon E-82 bei einer Windgeschwindigkeit von 4 Metern pro Sekunde (ein in unseren Mittelgebirgen durchaus üblicher Wert) gerade mal 82 kW Leistung erzeugt, das sind weniger als fünf Prozent der 2000 kW Nennleistung.

Verlässlich ist unsere Stromversorgung nur, weil wir einen doppelten

Kraftwerkspark (zu doppelten Kosten) betreiben: Neben den Erneuerbaren auch Kohle-, Gas, zurzeit auch noch Atomkraftwerke. Minister Al-Wazir behauptet zwar, dass wir einen guten Tausch gemacht hätten: „Im Gegenzug sind wir das AKW Biblis los!“ Schade nur, dass wir die AKW Temelin, Cattenom oder Fessenheim nicht loswerden, die müssen auch dann verlässlichen Strom liefern, wenn hierzulande kein Wind weht und keine Sonne scheint.

Ein weiteres Zitat: „Derzeit zahlen die Hessen die EEG-Umlage, profitieren tun aber andere. Die Bayern in Sachen Photovoltaik, die Nord- und Ostdeutschen in Sachen Windstrom. Ich hätte gerne, dass ein größerer Teil der EEG-Umlage und damit der Wertschöpfung hier im Land bleibt.“ Die EEG Umlage als Wertschöpfung zu bezeichnen ist stärkster Tobak. 23 Milliarden Euro werden jedes Jahr von allen Stromverbrauchern abgeschöpft. Verteilt werden sie an die Anlagenbetreiber. Die volkswirtschaftliche Wertschöpfung wäre um ein Vielfaches größer, wenn diese 23 Milliarden Euro bei den Verbrauchern verblieben und nicht an eine kleine vom EEG privilegierte Gruppe ausgezahlt würden. Das wäre auch gesellschaftlich wesentlich gerechter.

Minister Al-Wazir stellt weiterhin fest: „Im Jahr 2014 haben die erneuerbaren Energien über 25 Prozent erreicht und sind erstmals die wichtigste Energiequelle in Deutschland, vor der Braunkohle, und kein Licht ist ausgegangen.“ Diese 25 Prozent beziehen sich auf die installierte Nennleistung, die mit der tatsächlich erzeugten Leistung überhaupt nichts zu tun hat. Diese schwankt extrem: Im Mittel liegt die Volllaststundenzahl aller in Deutschland installierten Windanlagen bei nur bei 1567 Stunden pro Jahr. Das Jahr hat aber 8760 Stunden. Das heißt: Die Anlagen liefern tatsächlich nur zirka 18 Prozent des installierten Leistungswertes. Das Licht ist nur deshalb nicht ausgegangen, weil Kohle, Gas und Atomkraft (noch) weiterlaufen.

Zu den vielbeschworenen Energiespeichern bemüht Minister Al-Wazir das Thema „Power to Gas“ und die Eröffnung eines Pilotprojektes der Mainova. Sieht schön aus, hat aber einen Haken: Dieses Verfahren ist durch den schlechten Wirkungsgrad absolut unwirtschaftlich. Die Mainova selbst schreibt in einer Studie vom Dezember 2012 dazu: „So könnten die vorhandenen Vergütungsstrukturen auf die Neuen für Speicher- und Regelleistungstechnologien angepasst werden, um ihre Wirtschaftlichkeit darstellen zu können.“ Das bedeutet in einfachen Worten ein weiteres Ansteigen der EEG-Umlage.

Zum Schluss noch folgendes Zitat des Ministers: „Im vergangenen Jahr sind in Hessen fast 90 neue Windräder in Betrieb genommen worden, meist ohne Protest, sondern mit Bürgerfesten und Hüpfburgen.“ So wie am 21. September letzten Jahres bei der Windpark-Einweihung am Standort Freiensteinau: Bürgerfest mit Bratwurst, Hüpfburg und Base-Jumping von der Windrad-Gondel. Man muss dem einfachen Volk Brot und Sensationen bieten. In einem Kilometer Entfernung – vom Festgelände säuberlich durch Absperrungen getrennt – fand eine Gegendemonstration mit 800 Teilnehmern auf einer schlammigen Wiese statt, ohne Volksbelustigung. Minister Al-Wazir war zur Eröffnung eingeladen, ist aber nicht erschienen. Deswegen konnte er die klare Mehrheit bei der Gegendemonstration auch nicht sehen.

PETER GEISINGER, GROSS-UMSTADT